

9,2 %

Das ist die Teuerung im Juli 2022. Die Wirtschaftsforscher erwarten heuer sogar noch zweistellige Teuerungsraten und auch in den nächsten zwei Jahren eine hohe Inflation.

Die Regierung verkauft ihre Einmalzahlungen als „Entlastung“, doch gleicht all das die Belastung für die Haushalte nicht aus. Die Hilfe für die Menschen ist ein Tropfen auf den heißen Stein und zieht sich wie ein Kaugummi.

Die Sozialleistungen werden erst ab 2023 automatisch mit der Inflationsrate angehoben. Die Sozialleistungen selbst aber werden vorher nicht angehoben, bleiben weit unter der Armutsgrenze!

Die Regierung ist treffsicher für die Betuchten und schützt die Reichen. Die arbeitenden Menschen sollen für die Gewinne und Extraprofite der Konzerne und die Superdividenden der Aktionäre „sparen“ und Opfer bringen.

Während Regierung und Konzerne, die Reichen in Saus und Braus leben und in Korruption versinken, sollen wir weiter Reallohnverluste und noch mehr Einschränkungen des Lebens auf uns nehmen. Auch wird schon wieder von der „Pensionslücke“ gefaselt und dass wir länger als bis zum 65. Lebensjahr arbeiten sollen/müssen. Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung sind aber nicht in Sicht. Daher: NEIN, damit muss Schluss sein!

„Der Markt“ wird es nicht richten – daher: Preisstopp und Preisregulierung

Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsvorschläge sichern – Krise, Pandemie, Krieg hin oder her – vor allem die Profite der Konzerne ab. Daher ist zumindest ein staatlicher Preisstopp, eine staatliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie als sofortige Erstmaßnahme erforderlich. Letztendlich

kann nur eine Gesundheits- und Energieversorgung, ja zumindest die Daseinsvorsorge insgesamt, in der öffentlichen Hand, die nicht auf Profit, sondern auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet ist, der einzige Weg sein, den Spekulationen des „freien Marktes“, der Profitmaximierung der Konzerne Einhalt, zu gebieten. Nur so kann die Versorgung garantiert und können die Kosten gesenkt und im Interesse der Konsument*innen in den Griff bekommen werden.



Die „Liberalisierung“ rächt sich

Was hat man uns nicht alles erzählt und versprochen: dass Milch und Honig fließen würden, wenn der Staat immer weniger, die privaten und privatisierten Konzerne immer mehr das Sagen haben würden. So wurden einst staatliche Banken, Stahl-, Telekom-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne auch in Österreich (teil)privatisiert. Etliche Jahrzehnte wurden so die Gewinne der zuvor von der Masse der arbeitenden Menschen errichteten verstaatlichten Betriebe ganz oder zum großen Teil an private Aktionäre ausgeschüttet. Doch schon bei der Finanzkrise 2008 und erst recht seit der Pandemie 2020 oder dem Ukraine-Krieg 2022 halten die privaten Konzerne beim Staat die Hand auf – und bekommen Milliarden über Milliarden an Förderungen, scheffeln aber gleichzeitig Profite wie noch nie („Übergewinne“). Ihre Profite wollen sie vom Staat garantiert haben, dafür ist ihnen der Sozialstaat gut. Wenn es aber um die soziale Absicherung von Millionen von Menschen geht, heißt es von Industrie, Konzernen und ihren Politikern: „zu viel Sozialstaat“, die Leute würden in der „soziale Hängematte“ liegen statt zu arbeiten und so weiter und so fort.

Profitstopp statt Almosen!

Weil darüber der Unmut in der Bevölkerung groß ist und zunimmt, macht die Politik in Worten Druck auf teilstaatliche Konzerne wie den Verbund. Der kündigte daraufhin an, an den Staat eine Sonderdividende von 400 Millionen Euro zu zahlen.

Christian Kern, der frühere Verbund-Vorstand und ÖBB-Chef, jetziger Energiemanager und als ehemaliger SP-Kanzler mit seinem „Plan A“ der Industrie zugetan, rechnet am Beispiel des Verbundes, der 30.000 Gigawattstunden (GWh) Strom aus Wasserkraft erzeugt vor, dass das ein Butterbrot ist:

„Ihr Preis ist binnen 12, 13 Monaten von rund 55 Euro pro GWh (Gigawattstunde) auf 235 Euro gestiegen. Das sind 180 Euro Preisschub. Wenn ich das mit 30.000 GWh multipliziere, sind das rund 5,4 Milliarden Euro zusätzliches Profitpotenzial nur aufgrund des Preissprunges“ (Wiener Zeitung, 11./12. 6. 2022).

Und die anderen Unternehmen, z.B. die E-Gesellschaften der Länder oder weitere teilstaatlichen Konzerne (z.B. OMV, Casinos)? Allein die OMV hat ihren Gewinn von 2021 auf 2022 um 156% auf fast 5,6 Milliarden Euro erhöht! Ganz zu schweigen von den großen, ganz privaten Konzernen. Die werden – nicht einmal in Worten – angetastet.



Aus: Die Tageszeitung

Die Bevölkerung zahlt nicht nur den für sie angekündigten „Teuerungsausgleich“ praktisch selbst, sie zahlt auch die staatlichen Stützungen für die Konzerne und über die steigenden Preise, die die Regierung nicht deckelt und reguliert, weiter das staatlich garantierte Profitmachen der Konzerne.

Preise runter ...

... fordern AK, und ÖGB zurecht auf der von ihnen organisierten Preisrunter-Konferenz vor 3.200 Betriebsrät*innen. Und was passiert jetzt, fragten nicht wenige Teilnehmende vor Ort im persönlichen Gespräch nach der aufwändigen Inszenierung, und verließen etwas ratlos die Marx Halle in Wien. Denn weder ein konkreter Plan noch ein konkretes Ziel wurde mit auf dem Weg gegeben. Einzige Botschaft: Man sei mit der Regierung im Gespräch, die aber wolle in Wirklichkeit ÖGB und AK nicht dabei haben, man bleibe aber dran. Doch von Worten lassen sich die Regierenden nicht beeindrucken und von Worten haben auch die Mitglieder und Beschäftigten nichts. Wann, wenn nicht jetzt müssen Gewerkschaften, AK, SPÖ auf Trab kommen. Sie allesamt müssen sich aus der fast sklavenhaften Klammerung an die „Sozialpartnerschaft“ lösen. Sie haben für uns, nicht für die „Sozialpartner“ da zu sein!

Mehr handeln, weniger verhandeln

Es führt kein Weg an einer Auseinandersetzung mit der Unternehmerseite und ihrer Regierung vorbei. Warum? Unternehmer und Regierung führen seit Jahren, seit Finanzkrise, Corona, Krise und Krieg ganz offen einen Klassenkampf von oben gegen die arbeitenden Menschen.

Daher: Proteste, Demos, Betriebsversammlungen, Arbeitsniederlegungen, Streiks werden eher früher als später notwendig sein. Andernfalls bekommen wir nichts. Vom Finanzminister bis zu Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, WIFO oder Fiskalrat wird schon „Lohnmäßigung“ für die Kollektivvertrags-Verhandlungen im Herbst gefordert.

Wenn die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen, Sozialhilfebezieher, Pensionist*innen, Lehrlinge, Studierende, tatkräftig ermutigt und unterstützt durch ihre Vertreter*innen in Betrieb, Gewerkschaft, AK, nicht schnell öffentlich Zeichen setzen, ja, massiven Protest und Widerstand organisieren und leisten, dann tun und missbrauchen das (schon jetzt) die Rechten in- und außerhalb des Parlaments.

Die Rechten missbrauchen die Not, Ausweglosigkeit, Wut, Empörung der Menschen.

Wir Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen aber wissen natürlich, dass die Rechten das nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten, der Masse der Bevölkerung machen. Im Gegenteil, sie sollen die enttäuschen und im Stich gelassenen Menschen von den wirklichen Verursachern von Krise und Krieg ablenken: von den Unternehmern, Konzernen, Banken, Versicherungen, Rüstungsfirmen, Börsenspekulanten, usw., Die Rechten säen Hass zwischen den Menschen, spalten und hetzen sie gegeneinander auf. Die Menschen sollen sich gegenseitig den Schädel einschlagen, statt sich zusammenzuschließen und gemeinsam gegen die Profitmacher, Krisen- und Kriegsgewinnler zu organisieren und zu wehren.

Das ist Aufgabe und Zweck der Rechten. Es sind die gleichen Kreise, die solche Gruppen und Parteien finanzieren, die gleichzeitig von Krise und Krieg, von der Spaltung der Gesellschaft, der Verarmung, Angst und Ohnmacht der Menschen profitieren.

Dem sollen und müssen wir die organisierte Kraft von Personalvertreter*innen, Belegschaften, Einzelgewerkschaften, ÖGB, Mitgliedern von AK, ÖGB, Verbänden der Pensionist*innen und Arbeitslosen, entgegensetzen! Wenn wir nicht sichtbar und hörbar sind, werden die Menschen sich wo anders hinwenden – und die Rechten sind organisiert, laut, von Unternehmern finanziert, bereit und im wahrsten Sinne des Wortes schlagfertig, Unmut aufzufangen und für noch autoritärere Strukturen und Machtausübung umzufunktionieren.

ÖGB-, SPÖ- und AK-Spitzen tragen Mitverantwortung daran, wenn sie dagegen nichts unternehmen, organisieren. Jetzt, beharrlich und ständig, im Betrieb und auf der Straße – gegen die Unternehmer und ihre zunehmende Willkür!

Warten wir aber auch nicht, bis SPÖ, AK oder ÖGB sich bequemem zu etwas aufzurufen. Wartet Frau und Mann nämlich zu lange, dann

kommen die Aufrufe der Oberen zu spät, dann ist der Protest nur pro forma, dann ist alles weg, wie schon geschehen bei 8-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche, Daseinsvorsorge in staatlicher Hand oder Sozialversicherung in Arbeiter- und Angestelltenhand.

Seien wir nicht faul, nicht bequem. Werde jeder von uns selbst aktiv. Überlegen wir, was wir vor Ort selbst machen können. Und: verlangen, ja fordern wir als Mitglieder, als Betriebsrät*innen, Personal- und Belegschaftsvertretungen, AK-Räte, unsere gewählten Vertretungen auf, uns dabei aktiv zu unterstützen und selbst das Gewicht der Organisation in die Waagschale zu werfen. Das stärkt den Einzelnen, das stärkt die Organisationen, das stärkt das Gemeinwesen, das schafft eine solidarische Gesellschaft.

Hoffnung auf ein Einsehen oder Einlenken der Regierung oder der Unternehmerseite, die Krisen- und Kriegsfolgen nicht auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen ist vergebens. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Aber noch mehr: hoffen und Stillhalten fördert sogar noch die Unverfrorenheit von Regierung und Unternehmern und die von ihnen finanzierten und in ihren Medien durch entsprechende „Berichterstattung“ aufgewerteten Rechten.

**Solidarität ist unsere Stärke!
Widerstand ist unsere Chance!**

So geht's uns heute

Zwei Millionen Menschen in Österreich haben Einbußen bei ihrem Einkommen. Unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.300 Euro sind für rund 1,7 Millionen Menschen nicht machbar, kleine Wünsche wie einen Kinobesuch leisten sich rund 770.000 Menschen nicht mehr. Rund 800.000 haben Schwierigkeiten, die laufenden Ausgaben zu decken. Und auf den jährlichen Urlaub verzichten rund 1,5 Millionen Menschen.

Und das war alles noch vor dem jetzigen Teuerungsschub!

(Umfrage im Auftrag von Sozialministerium und Eurostat, Dezember 2021, zit. nach Kurier, 10.7.2022)

Aus: „Solidarität – unsere Chance“, Zeitung des ÖSK Nr. 158, August 2022

Solidarität

unsere Chance

Nummer 158

August 2022

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com
